

«Für Europa – und auch für die Schweiz

Joschka Fischer Für den früheren deutschen Aussenminister gibt es keine Alternative: Europa muss massiv aufrüsten, wenn es weiter bestehen

Vincenzo Capodici,
Christof Mürger (Text) und
Franziska Rothenbühler (Foto)

Zum vereinbarten Treffpunkt in einem Berner Restaurant kommt er in Anzug und Turnschuhen – seinem Markenzeichen ist der ehemalige deutsche Aussenminister treu geblieben. Geboren 1948, wurde Joschka Fischer zu einer zentralen Figur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Und umgekehrt hat der 77-Jährige das moderne Deutschland mitgeprägt, zunächst als Demonstrant und 68er, dann als Abgeordneter der Grünen im Bundestag und schliesslich von 1998 bis 2005 als Aussenminister und Vizekanzler in der Regierung von Gerhard Schröder. Wobei Fischer zum überzeugten Transatlantiker mutierte.

Fischer weilt in Bern auf Einladung der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik. Die plötzliche Hitze an diesem Tag setzt ihm zu, er verlangt nach

«Friedrich Merz macht seine Sache recht ordentlich. Deutschland ist auf einem guten Weg.»

Mineralwasser mit viel Eis und einem Zitronenschnitt und bitet darum, das Interview kurz zu halten. Doch dann redet er sich in Fahrt – zu alarmierend ist die gegenwärtige Weltlage.

Herr Fischer, Deutschland hat seit Anfang Mai eine neue Regierung. Sind Sie bisher zufrieden mit ihr?

Ich habe diese Regierung nicht gewählt, den Kanzler auch nicht. Aber Friedrich Merz macht seine Sache recht ordentlich. Deutschland ist auf einem guten Weg, vor allem aussenpolitisch. Merz' Besuch in Washington ist gut gelaufen, und das Verhältnis Deutschlands zur Ukraine ist stabil.

In der Regierungspartei SPD gibt es Kräfte, die einen Dialog mit Moskau wollen und einen Ausgleich mit Putin anstreben. Was halten Sie davon?

Gar nichts. Moskau will keinen Dialog mit dem Westen und mit der Ukraine. Das ist das Problem. Die Dialogbereitschaft auf ukrainischer Seite ist gegeben, auch auf westlicher Seite. Die alte Position der deutschen Sozialdemokratie, die nun wieder vertreten wird, beinhaltet eine völlige Täter-Opfer-Umkehr. Es ist Putin, der die Ukraine angegriffen hat. Es ist Putin, der jeden Tag bombt und die Menschen in der Ukraine bedroht.

Die USA versuchen, Russland und insbesondere die Ukraine zu einem Ende des Krieges zu drängen. Welche Chancen sehen Sie für einen Frieden?

Russland will keinen Frieden. Deswegen sind die Chancen für ernsthafte Friedensverhandlungen sehr gering. Diese könnten sofort beginnen, wenn Putin seine Position ändern würde. Er wird das aber nicht tun.

Sie hatten als deutscher Aussenminister von 1998 bis 2005 mit Russland zu tun. Welchen Eindruck hatten Sie damals von den Russen?

Die geopolitische Lage nach dem Ende des Kalten Krieges war von Optimismus geprägt. Der Fall der Berliner Mauer, Deutschlands Wiedervereinigung und das Ende des Warschauer Pakts liessen auf eine neue, stabile Ordnung hoffen. Doch der Westen vernachlässigte dabei ein entscheidendes Element: die tief empfundene Demütigung der russischen Eliten nach dem Zerfall der Sowjetunion. Was im Westen als Befreiung interpretiert wurde, empfanden viele in Russland als historischen Verlust – ein Trauma, das die späteren Revisionsbestrebungen nährte. Das Wunder Gorbatschow, wie ich es nenne, war am Ende doch keins.

Haben Sie das unterschätzt respektive Gorbatschow überschätzt?

Ja, wobei ich nie der Illusion aufgesessen bin, dass wir unsere Wachsamkeit gegenüber Russland aufgeben sollten.

Wie schätzen Sie Putins Russland ein?

Es ist ein Land, das grossrussisch denkt. Das gilt nicht nur für Putin, sondern für die ganze Sicherheitselite. Für diese Kreise gibt es Russland nur als Imperium ohne Grenzen und als Weltmacht. Dazu braucht Russland die Ukraine – das ist der eigentliche Grund für den Ukraine-Krieg. Europa hat es mit einem Nachbarn zu tun, der imperial denkt und fühlt und auch agiert. Die Europäer werden sich dauerhaft darauf einstellen müssen, mit einer russischen Bedrohung zu leben. Das hat Konsequenzen für Europa, vor allem, weil der amerikanischen Rückhalt weggefallen oder geschwächt ist.

Das heisst?

Wir müssen massiv aufrüsten. Deutschland hat dafür die Voraussetzungen geschaffen und wird das auch tun. Andere Europäer werden nachziehen. Auch für die Schweiz wird sich die Frage stellen, wie sie mit dieser völlig anderen Sicherheitslage umgeht. Die Schweiz war bisher ein stiller Teilhaber der Nato-Sicherheitsgarantie. Wenn die Sicherheitsgarantie der USA nicht mehr gegeben ist und die Europäer nicht über ausreichende Abschreckungsmittel verfügen, was machen Sie dann?

Haben Sie einen Vorschlag für die Schweiz?

Ich versuche nicht auszuweichen. Aber ich kann diese Frage nicht beantworten, da ich die innenpolitische Diskussion nicht kenne und ich eines gelernt habe:



«Ich bin nie der Illusion aufgesessen, dass wir unsere Wachsamkeit gegenüber Russland aufgeben sollten»: Joschka Fischer im Restaurant Della Casa

In der Demokratie musst du alle Positionen kennen.

Was droht, wenn die Ukraine den Krieg verliert?

Putin würde weiter Krieg führen, nur weiter westlich. Das ist offensichtlich.

Der deutsche Militärgeschichtler Sönke Neitzel hat gesagt, dass wir möglicherweise den letzten Sommer des Friedens erleben. Ist die Gefahr einer Ausweitung des Krieges in Europa so gross?

Das hoffe ich nicht und gehe auch nicht davon aus. Das Risiko ist jedoch da. Machen wir uns keine Illusionen: Vor drei Jahren hätte niemand gedacht, dass wir in eine solche Situation geraten.

Was hätte denn Russland davon, wenn es ein Nato-Land angreift, etwa einen baltischen Staat?

Wenn die Nato nicht oder nicht angemessen reagieren würde, wäre Russland das Problem Nato los. Dann wäre Russland der He-

gemon in Europa. Ob ein solches Szenario eintritt, hängt von der Stärke der Europäer und der Glaubwürdigkeit ihrer Abschreckung ab.

Sie haben gesagt, dass Europa sich nicht mehr auf die USA verlassen kann. Was bedeutet das für den freien Westen?

Er wurde durch die Wiederwahl von Donald Trump bereits mehr oder weniger abgewickelt.

Hat die transatlantische Freundschaft eine Chance auf eine Renaissance, wenn Trump einmal nicht mehr da ist?

Das sehe ich im Moment nicht, denn das Vertrauen in die USA ist zerbrochen. Das wiederherzustellen, ist unendlich schwer. Wenn das Vertrauen einmal weg ist, ist es weg.

Ende Juni steht der Nato-Gipfel an. Wird es der letzte seiner Art sein?

Weiss ich nicht. Wir Europäer – und das gilt auch für die

Schweiz – werden in Zukunft sicherheitspolitisch zweigleisig denken müssen: einerseits mit den USA und andererseits ohne die USA oder die bisherige volle Unterstützung. Europa wäre im nordatlantischen Verbund mit den USA und Kanada allemal stärker, und seine Abschreckung wäre deutlich glaubwürdiger. Aber was ist, wenn nicht? Was machen wir dann? Diese Optionen müssen wir immer mitdenken.

Sie sind ein überzeugter Transatlantiker. Soll die Bundesrepublik Deutschland Atomwaffen anstreben, jetzt, da die Sicherheitsgarantie der USA brüchig geworden ist?

Europa braucht offensichtlich eine Alternative zum Nuklearschirm der USA. Deutschland soll seinen Beitrag dazu leisten, aber nicht eigene Atomwaffen anstreben. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat ein Angebot gemacht. Europa muss es ernsthaft prüfen.

«Die Europäer müssen sich dauerhaft darauf einstellen, mit einer russischen Bedrohung zu leben.»

– stellt sich die Schicksalsfrage»

will angesichts der doppelten Herausforderung durch Trump und Putin.



in Bern.

Ihr neues Buch trägt den Titel «Die Kriege der Gegenwart und der Beginn einer neuen Weltordnung». Was für eine Weltordnung entsteht da gerade?

Wir erleben den Abschied von der US-geprägten Weltordnung, einer Pax Americana, hin zu einer Rivalität grosser Weltmächte. Die neue Weltordnung bringt sehr viel Instabilität und Unsicherheit mit sich. Russland und China wollen dabei ihren Einfluss ausweiten, während sich die USA zunehmend zurückziehen. Diese geopolitischen Umwälzungen gehen einher mit einem tiefgreifenden technologischen Wandel – vor allem durch den Einsatz künstlicher Intelligenz –, der unsere Gesellschaften massiv verändern wird. In diesem Kontext stellt sich für Europa – und auch für die Schweiz – die Schicksalsfrage: Was wird aus uns Europäern? Wenn nun Europa seine Interessen nicht wahrnimmt, werden wir abgehängt. Das war

es dann. Man sollte sich keine Illusionen machen, weder in der EU, der Nato noch ausserhalb.

In Ihrer Biografie spiegelt sich die bundesrepublikanische Geschichte, also der Erfolg der Bundesrepublik wie auch jener Europas, der nun bedroht ist. Wie sehr schmerzt Sie das persönlich?

Schauen Sie, mit 77 Jahren haben Sie einen anderen Horizont als mit 27. Das Leben ist endlich. Aber ich habe vier Enkelkinder. Ich möchte denen eine sichere Welt mit einem starken Europa hinterlassen. Ich halte überhaupt nichts von der Haltung, vor Putin in die Knie zu gehen. Das wird ihn nur dazu anstacheln weiterzumachen. Wir brauchen ein starkes Europa, das unsere gemeinsame Sicherheit verteidigen kann.

Braucht ein starkes Europa mehr Führung durch Deutschland?

Das geht nur in Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Im Rahmen der EU-Institutionen gelingt das nicht, die Initiative zur Zusammenarbeit muss von den einzelnen Nationalstaaten kommen.

Meinen Sie eine Koalition der Willigen?

Faktisch wird es auf eine Koalition der grossen europäischen Nationen hinauslaufen: Deutschland, Frankreich, Polen und Italien, gefolgt von Ländern wie Tschechien, Schweden und Finnland. Eine wichtige Rolle spielen auch Nicht-EU-Staaten, vor allem Grossbritannien und Norwegen. Sicherheitspolitisch muss eine europäische Militärmacht entstehen. Sie muss fähig sein abzuschrecken, damit wir den Frieden erhalten können.

Wie sollte sich die Schweiz positionieren?

Die Schweiz wird sich da nicht heraushalten können. Ich halte das für eine grosse Illusion.

«Für Israel bedeutet eine iranische Atombombe die reale Gefahr einer nuklearen Schoah.»

Gehört zur neuen Weltordnung auch, dass Israel so grosse Angriffe auf iranische Atomanlagen und Militäreinrichtungen fliegt?

Offensichtlich ja. Diese Krise hat ein hohes, gefährliches Eskalationspotenzial. Der Staat Israel hat am 7. Oktober 2023 mit dem Angriff der Hamas und der Geiselnahme israelischer Bürger eine Aktualisierung seines Urtraumas erlebt, nämlich den Vernichtungswillen gegenüber jüdischen Menschen, der Schoah. Die Konsequenz ist die Konfrontation mit dem Iran, der sehr aktiv war mit der Koalition gegen Israel, der unter anderem die Hamas und die Hizbollah angehören. Für Israel bedeutet eine iranische Atombombe die reale Gefahr einer nuklearen Schoah. Es war mir völlig klar, dass Israel niemals unter dieser Bedrohung leben will und kann. Ich habe das in Teheran mehr als einmal gesagt.

Wem haben Sie das gesagt? Auf Regierungsebene.

Und was war die Antwort?

Dass man das nicht will, dass es nicht um die Vernichtung Israels gehe. Aber die Fakten sprachen eine andere Sprache. Jetzt haben wir eine Krise mit dem Potenzial für einen ganz grossen Krieg.

Wer könnte deeskalierend wirken?

China hat ein grosses Interesse daran, dass es zu keiner weiteren Eskalation kommt. Mit der Schliessung der Strasse von Hormuz würde der Ölfluss Richtung China massiv beeinträchtigt, vielleicht sogar ganz zum Erliegen kommen. Daran hat auch Amerika kein grosses Interesse. Europa ebenfalls nicht, nur sind wir nicht handlungsfähig, obwohl der Nahe Osten direkt vor unserer Haustür liegt. Insofern müssen wir uns auf eine sehr, sehr instabile, sehr unsichere Welt einstellen.

Russland und China sind Diktaturen oder zumindest Autokratien. Was für ein Land werden die USA nach Trumps Amtszeit sein?

Die USA sind auf dem Weg von einer Demokratie hin zu einer Oligarchie amerikanischer Prägung. Sie wollen die Konzentration der Macht in einer Hand, in der Hand des Präsidenten. Die Gefahr besteht, dass ein autoritäres System entsteht. Das ist nicht von der Hand zu weisen.

Häufig ist sogar von Faschismus die Rede. Ist dieser Begriff angemessen, was Trumps Amerika betrifft?

Wir sind gut beraten, rhetorisch nicht zu eskalieren. Aber wir müssen auch realistisch sein. Wir haben es mit einer potenziellen autoritären Transformation zu tun.

Die westlichen Demokratien geraten nicht nur wegen Putin und Trump unter Druck, sondern auch wegen des Aufstiegs extremistischer Parteien, die wiederum von Putin oder Trump aktiv unterstützt werden.

Der Aufstieg des Neonationalismus ist die innenpolitische Seite dessen, was wir aussenpolitisch erleben. Er wird unsere Demokratien vor schwere Prüfungen stellen. Die müssen wir bestehen. Da müssen wir kämpfen.

Was sind das konkret für Prüfungen?

Die Alternative für Deutschland und der Rassemblement National in Frankreich wollen zurück zu einer rein nationalen Politik.

Die AfD fordert in ihrem Programm eine EU der Vaterländer.

Ein Europa der Vaterländer ist ein nationalistisches Europa und würde Europa ruinieren. Erst mal wirtschaftlich, denn ohne enge Zusammenarbeit würden wir ein Desaster erleben. Für unsere Sicherheit würde das bedeuten, dass die aussenpolitischen Allianzen je nach Gutdünken gewechselt werden, konkret weg vom Westen und hin zu Russland. Davon kann ich nur abraten, das sind Selbstmordprogramme. Und dennoch wird die AfD in Deutschland gewählt. Da muss man dagegenhalten.

Sollte die AfD verboten werden?

Man darf eine Partei nicht einfach verbieten, vor allem, wenn sie zunehmend stärker wird. Aber wenn es Gründe für ein Verbot gibt, dann muss gehandelt werden. Das muss aber sorgfältig geprüft werden.

In der Schweiz gibt es Stimmen, die sagen: Die Deutschen sollten die AfD einbinden, analog zu unserer

Mehrparteiengregierung, die auf der sogenannten Zauberformel basiert. Was meinen Sie dazu?

Völliger Blödsinn. Wollen wir post mortem Adolf Hitler einbinden in eine Allparteienregierung? Aber mich verwundert nicht, dass Sie das in der Schweiz hören. Frau Weidel lebt ja auch hier. Ich kenne die deutsche Geschichte. Es war die Illusion der Deutschen Nationalen Volkspartei, Hitler einzubinden. Sie glaubten: Mit dem werden wir schon fertig.

Muss die Brandmauer bestehen bleiben?

Auf jeden Fall. Das erste Opfer einer Strategie, die AfD einzubinden, wäre die CDU/CSU. Die AfD will die Union zerstören und hinter Konrad Adenauer zurück. Sie will die Westbindung von Adenauer revidieren.

Was würde das bedeuten?

Deutschland würde wieder zum Unruhefaktor in der Mitte Eu-

ropas. Das ist doch absurd angesichts der Erfolgsgeschichte, die mein Land seit Jahren zu verzeichnen hat.

Aber wie lässt sich der weitere Aufstieg der AfD stoppen?

Wir müssen die Frage beantworten: Was wird aus Europa? Was wird aus uns? Was wird aus der nächsten Generation im veränderten geopolitischen und technologischen Umfeld? Darauf müssen Antworten her. Dann wird sich der Neonationalismus von selbst erledigen.

Kann Friedrich Merz das schaffen?

Er muss es schaffen.

Und wenn er scheitert?

Wenn er scheitert, wird es nicht schön. Deswegen – im Interesse meines Landes und im Interesse Europas – wünsche ich ihm alles Gute. Ich sage das schonungslos offen.

Obwohl Sie als Grüner in der Opposition sind.

Das zählt hier nicht. Ich bin stolz darauf, dass meine Partei den erfolgreichen Start von Merz ermöglicht hat, durch die Reform der Schuldenbremse, wofür das Grundgesetz geändert werden musste.

Was ist die grössere Gefahr für die Demokratie: die Gefahr von aussen oder die Gefahr von innen?

Es geht um beides. Beim Druck von aussen geht es um unsere Sicherheit, und da dürfen wir uns keine Fehler erlauben. Beim Druck von innen geht es um unsere Grundwerte, und auch da dürfen wir uns keine Fehler erlauben.

Trotz allem: Haben Sie ein optimistisches Schlusswort, Herr Fischer?

(überlegt lange) Ich bin optimistisch, dass die demokratischen Kräfte obsiegen werden und dass unser politisches System stark genug und flexibel genug ist, die passenden Antworten zu finden. Geopolitisch bin ich mir sicher, dass wir das als Europa schaffen werden.

Das tönt zweckoptimistisch.

Ja. Aber unsere Werte sind die europäische Stärke. Wir müssen an unseren Werten festhalten wollen. Es wäre der grösste Fehler, den wir machen könnten, bei unseren Grundwerten flexibel zu sein. Wir wollen in einer freien Gesellschaft leben, in einer demokratischen Gesellschaft unter der Herrschaft des Rechts, das für alle gleichermaßen gilt. Aber dafür müssen wir die nötige Macht aufbauen. Europa muss zur Macht werden. Im 21. Jahrhundert wird die Weltordnung durch die Geopolitik entschieden.

Kann Europa das? Zur Macht werden?

Wir haben alle Voraussetzungen dafür: Wir haben das Kapital, wir haben die Wissenschaft, wir haben die menschlichen Ressourcen. Es fehlt noch der politische Wille, und den muss man jetzt bewerkstelligen. Das macht mich optimistisch.